

Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten

Im Lichte aktueller Herausforderungen des Sicherheitsrechts

Bearbeitet von
Christoph Streiß

1. Auflage 2011. Buch. 260 S. Hardcover
ISBN 978 3 631 60750 3
Format (B x L): 14 x 21 cm
Gewicht: 450 g

[Recht > Öffentliches Recht > Polizeirecht, Sicherheitsrecht, Waffenrecht > Polizeirecht, Ordnungsrecht, Versammlungsrecht](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	15
Erstes Kapitel: Das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit im Rechtsstaat der Bundesrepublik Deutschland	19
A. Die staatliche Garantie für die innere Sicherheit nach dem Grundgesetz	20
I. Entwicklungslinien	21
II. Sicherheit als Staatszielbestimmung im Grundgesetz	24
III. Die grundrechtlichen Schutzpflichten	27
IV. Polizeiliche Sicherheitsgewährleistung in Deutschland	30
1. Die Landespolizeien	31
a) Organisation	32
b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse	33
aa) Gefahrenabwehr	34
bb) Generalklausel und Gefahrenbegriff	35
cc) Standardmaßnahmen	37
(1) Standardmaßnahmen zur Datenerhebung	38
(2) Standardmaßnahmen zur Datenverarbeitung	41
dd) Verhütung von Straftaten	43
ee) Polizeilicher Zwang	44
2. Das Bundeskriminalamt	44
a) Organisation	45
b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse	46
aa) Zentralstellenfunktion	46
bb) Strafverfolgung	47
cc) Terrorismusbekämpfung	47
3. Die Bundespolizei	50
a) Organisation	51
b) Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse	51
V. Nachrichtendienstliche Sicherheitsgewährleistung in Deutschland	53
1. Verfassungsschutz	53

a)	Organisation	54
b)	Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse	54
c)	Kontrolle	57
d)	Landesämter für Verfassungsschutz	59
2.	Der Bundesnachrichtendienst.....	60
a)	Organisation	61
b)	Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse	61
3.	Der Militärische Abschirmdienst	62
a)	Organisation	62
b)	Aufgaben, Zuständigkeiten und Befugnisse	63
VI.	Zwischenergebnis	64
B.	Sicherheitsgewährleistung vor dem Hintergrund der Freiheitsrechte	65
I.	Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung	66
1.	Bestimmung des Schutzbereichs	66
2.	Schranken und Eingriffsrechtfertigung	67
3.	Eingriffe durch Maßnahmen der Sicherheitsbehörden	68
II.	Das Computergrundrecht.....	70
1.	Bestimmung des Schutzbereichs	70
2.	Verhältnis zu anderen Grundrechten	71
3.	Eingriffe durch Online-Durchsuchungen	72
III.	Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung	74
1.	Bestimmung des Schutzbereichs	75
2.	Schrankenbestimmungen und Lauschangriffe	75
3.	Der absolut geschützte Kernbereich privater Lebensgestaltung	78
IV.	Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.....	81
1.	Bestimmung des Schutzbereichs	81
2.	Telekommunikationsüberwachung durch Sicherheitsbehörden	81
3.	Einsatz des „IMSI“-Catchers.....	84
4.	Vorratsdatenspeicherung	85
V.	Zwischenergebnis	88

Zweites Kapitel: Gefahrenvorfeld und Datenschutz als Herausforderungen
im Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten 91

- A. Das Gefahrenvorfeld als Herausforderung des Sicherheitsrechts 91
 - I. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus aus gefahrenabwehrrechtlicher Perspektive 91
 - II. Der Bedeutungsverlust klassischer Gefahrenabwehr zugunsten von Vorfeldbefugnissen und Risikovorsorge 94
 - 1. Ausgangslage – der Wandel des Polizeirechts 94
 - 2. Gründe für den Wandel des Polizeirechts 97
 - 3. Nachteile und Schwierigkeiten des polizeirechtlichen Wandels 97
 - III. Vorrang der Gefahrenabwehr 101
 - IV. Die Grenze zwischen Gefahrenabwehr und Gefahrenvorfeld 102
 - V. Die Gefahr als Tatbestandsmerkmal bei Befugnissen zur Bekämpfung des Terrorismus 106
 - 1. Terrorismus als abstrakte gegenwärtige Dauergefahr 106
 - 2. Der „relationale Gefahrenbegriff“ 108
 - 3. Die allgemeine Gefahr 110
 - 4. Die „präsumtive Gefahr“ 111
 - VI. Zwischenergebnis 115

- B. Die datenschutzrechtliche Herausforderung des Sicherheitsrechts 115
 - I. Die Bedeutung von Informationen im Kampf gegen den Terrorismus und die informationelle Doppelstrategie des Gesetzgebers 116
 - II. Allgemeine Grundsätze des Datenschutzrechts 118
 - 1. Allgemeiner Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung 118
 - 2. Allgemeiner Datenschutz auf einfachgesetzlicher Ebene 118
 - III. Sicherheitsrecht als bereichsspezifisches Datenschutzrecht 120
 - 1. Datenschutz und polizeiliche Gefahrenabwehr 120
 - 2. Datenschutz bei den Nachrichtendiensten 122
 - 3. Antiterrordatei 124
 - a) Normenklarheit und Zweckbindungsgrundsatz 126

b)	Datenvermeidung und Datensparsamkeit	127
c)	Transparenzgrundsatz und Datensicherheit	129
d)	Die Problematik der Eingriffsschwelle	132
e)	Zwischenergebnis zur Antiterrordatei.....	133
4.	Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum	134
IV.	Zwischenergebnis	137
C.	Plädoyer für eine ganzheitliche Sicherheitsarchitektur zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus	137
Drittes Kapitel: Das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten		
		141
A.	Allgemeiner Überblick	142
I.	Das Trennungsgebot im historischen Kontext.....	142
1.	Die Entwicklung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.....	142
2.	Entstehung des Grundgesetzes und „Polizeibrief“ der Westalliierten.....	144
II.	Abschnitte in der Diskussion um das Trennungsgebot	146
III.	Das Trennungsgebot – politischer Begriff oder rechtliche Kategorie.....	149
IV.	Zwischenergebnis	152
B.	Der gesetzliche Rang des Trennungsgebots.....	153
I.	Verfassungsrang des Trennungsgebots.....	153
1.	Verfassungsrang aus Art. 87 Abs. 1 S. 2 und Art. 73 Abs. 1 Nr. 10 GG	153
a)	Wortlautinterpretation.....	154
b)	„Polizeibrief“ und historisch-genetische Interpretation....	156
c)	Systematische Interpretation	157
d)	Teleologische Interpretation	159
2.	Trennungsgebot als Ausprägung des Rechtsstaatsprinzips....	160
3.	Trennungsgebot als Ausprägung des Bundesstaatsprinzips oder abgeleitet aus dem Grundrechtsschutz	162

	4. Zwischenergebnis zum Verfassungsrang des Trennungsgebots – Plädoyer für ein Ende der Diskussion	164
II.	Einfachgesetzliche Ausprägung.....	165
III.	Das Trennungsgebot auf Länderebene	166
IV.	Zwischenergebnis	167
C.	Die vermeintlichen Inhalte des Trennungsgebots	167
I.	Befugnisrechtliche Trennung.....	168
	1. Verbot polizeilicher Befugnisse für die Nachrichtendienste	168
	2. Verbot nachrichtendienstlicher Mittel für die Polizei.....	169
II.	Organisatorische und personelle Trennung	172
III.	Funktionelle Trennung.....	173
	1. Aufklärung der Organisierten Kriminalität und des Terrorismus durch die Nachrichtendienste	174
	2. Gefahrenvorsorge und Bekämpfung des internationalen Terrorismus durch die Polizei	177
IV.	Informationelle Trennung.....	178
V.	Inhaltlicher Wandel des Trennungsgebots.....	180
VI.	Zwischenergebnis	181
D.	Das Trennungsgebot im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur	182
I.	Die europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Vertrag von Lissabon	182
	1. Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	185
	2. Polizeiliche Zusammenarbeit – Europol	188
	3. Die Idee eines europäischen Nachrichtendienstes	191
II.	Wechselseitige Auswirkungen zwischen europäischer Sicherheitsarchitektur und deutschem Trennungsgebot.....	192
III.	Zwischenergebnis	194
E.	Die Funktion des Trennungsgebots im Verhältnis von Sicherheit und Freiheit.....	195

Viertes Kapitel: Das BKA-Gesetz im Lichte der aktuellen

Herausforderungen im Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten 199

A.	Grundlage und Entstehung des BKA-Gesetzes.....	200
I.	Die Gesetzgebungskompetenz des Art. 73 Abs. 1 Nr. 9a GG.....	200
II.	Das Gesetzgebungsverfahren.....	204
III.	Zwischenergebnis	206
B.	BKA-Gesetz und Bedeutungsverlust des polizeilichen Gefahrenbegriffs.....	207
I.	Allgemeiner Überblick	207
II.	Rasterfahndung	210
III.	(Quellen-)Telekommunikationsüberwachung.....	210
1.	Grundrechtseingriff	212
2.	Bestimmtheit und Verhältnismäßigkeit des § 201 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BKAG.....	212
IV.	Online-Durchsuchung.....	215
1.	Eingriffsvoraussetzungen	215
2.	Verwendung des Begriffs der „präsumtiven Gefahr“	216
V.	Zwischenergebnis	217
C.	BKA-Gesetz und datenschutzrechtliche Herausforderung	218
I.	Datenschutz im BKAG	218
1.	Kernbereichsschutz.....	218
2.	Zweckbindung.....	222
II.	Die Notwendigkeit der Einbeziehung des BKA in die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste.....	224
III.	Zwischenergebnis	226
D.	BKA-Gesetz und Trennungsgebot	227
I.	Vereinbarkeit mit dem Trennungsgebot	227
II.	Folgen für das Verhältnis von Polizei und Nachrichtendiensten.....	228
III.	Zwischenergebnis	231

E. Das BKA-Gesetz als Teil einer ganzheitlichen Sicherheitsarchitektur?	231
Ergebnisse und Schluss	235
Literaturverzeichnis.....	241